NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des

SCHUL-, KULTUR- UND SOZIALAUSSCHUSSES

am Montag, den 26.09.2011

in Balingen

Beginn: 17:00
Ende: 18:05

Normalzahl: 21 Mitglieder
Davon anwesend: 20 Mitglieder

Anwesend
Günther-Martin Pauli MdL
Schriftführer/in: Elke Spiegel

Verwaltung
Name
Frankenberg Matthias
Heneka Christoph
Schmidberger Adelbert
Wiget Eberhard

Abwesend:
CDU

Name	
Dr. Wältner Hartmut	-/-

SPD

Name	
Helga Zimmermann-Fütterer	-/-

Anwesend:
CDU

Name	**Vertreter für**
Conradi Dörte	
Eisenlohr Max	
Dr. Merkel Edmund	
Dr. Rewes Bernhard	
Schmid-Lorch Heidi	
Ungermann Josef	

Freie Wähler

Name	**Vertreter für**
Beck Werner	
Dr. Häffner Jürgen	
Hepp Christoph	
Jessen Werner	
Lehmann Gerhard	
Widmaier Johann	

SPD

Name	**Vertreter für**
Gruler Ingrid	
Maute Elmar	Zimmermann-Fütterer Helga
Ziemen Wolfgang	

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Name	**Vertreter für**
Flegr Konrad	
Reyer Albert	

FDP

Name	**Vertreter für**
Dr. Holderied Mario	
Weber Marlene	

Niederschrift über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sozialausschusses am Montag, 26.09.2011 in Balingen	öffentlich

DIE LINKE

Name	**Vertreter für**
Jaensch Eberhard	

Ferner waren anwesend:

Name	**Funktion**
Eugen Straubinger	

Landrat Günther-Martin Pauli MdL begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist.

TOP 1:
Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2009 und 2010
SKS-Nr. 15/2011

Der Leiter des Rechts- und Ordnungsamt, **Herr Maier** erläutert die Sitzungsvorlage anhand der dem Protokoll beigefügten Power-Point-Präsentation.

Kreisrat Dr. Merkel erkundigt sich, ob die Heimaufsicht und der Medizinische Dienst der Krankenversicherung Baden-Württemberg (MDK) bei den jeweiligen Heimbesichtigungen beide dieselben Punkte prüfen würden. Aufgrund der engen Personalstruktur, müsse Doppelarbeit vermieden und die Zusammenarbeit optimiert werden. Er betont, dass vor Erhöhung des Personals bei der Heimaufsicht eine optimierte Abstimmung mit dem MDK zu erfolgen habe. Im Hinblick auf die geplanten Vollzeitpflegeplätze gibt **Kreisrat Dr. Merkel** zu bedenken, dass es im Kreis möglicherweise ein Überangebot gebe, wodurch eventuell eine Konkurrenzsituation entstehe, die zu Lasten der Qualität gehe.

Herr Wiget, Leiter des Sozial- und Rechtsdezernats antwortet, die Prüfpunkte von MDK und Heimaufsicht würden sich nur teilweise überschneiden und ein Austausch der Ergebnisse finde statt. Die Prüfung des MDK bedeute für die Heimaufsicht eine gewisse Entlastung. In Abstimmung mit dem MDK werde der Überprüfungszeitraum verlängert, da die Heimaufsicht die gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Überprüfungshäufigkeit nicht erfüllen könne. Es sei jedenfalls absehbar, dass mit dem derzeitigen Personal die im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung vorgesehene Aufgabenerweiterung nicht zu leisten sei. Eine Personalaufstockung sei bei vollständiger Umsetzung erforderlich und wenn Konkreteres vorliege, werde man reagieren.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Dr. Merkel**, ob das Land als Gesetzgeber den finanziellen Ausgleich regeln werde, erwidert **Landrat Pauli**, dass er davon ausgehe.

Herr Wiget weist darauf hin, die Heimaufsicht sei für das Thema Überangebot von Vollzeitpflegeplätzen nicht zuständig. Dieser Bereich falle in die Zuständigkeit der Pflegeplanung. Derzeit stünden ca. 1.600 Plätze im Zollernalbkreis zur Verfügung, die flächendeckende Versorgung sei auf das Jahr 2015 hochgerechnet, daher liege man momentan über dem Bedarf. Von den entstehenden Heimen in Burladingen und Hechingen seien insbesondere die Plätze in Burladingen erforderlich. Ein gewisses Überangebot bestehe im Albstädter Raum. Die beiden Einrichtungen, die in Albstadt gleichzeitig eröffnet wurden, seien noch nicht voll belegt. Ansonsten bestehe kein Überangebot und die Versorgung sei insgesamt gut und flächendeckend.

Herr Maier antwortet auf Frage von **Kreisrätin Weber** es gebe bei den Qualitätsmängeln keine Unterschiede zwischen privat-gewerblichen und öffentlichen Anbietern.

Kreisrat Dr. Holderied schildert seine Erfahrungen, die er bei Behandlungen von zumeist dementen Personen in Pflegeeinrichtungen gemacht habe. Eine qualitativ

ordentliche Behandlung sei nicht möglich, da es angefangen bei der Lagerungsmöglichkeit des Patienten an ausreichender Beleuchtung, Instrumenten sowie einem abgetrennten Behandlungszimmer fehle. Allerdings sei der Behandlungsbedarf erschreckend groß. Vielfach fehle es beim Pflegepersonal an der notwendigen Zeit und Prothesenhygiene finde nicht statt. Um als Zahnarzt Sprechzeiten in einer Pflegeeinrichtung anbieten zu können, benötige er einen separaten Behandlungsraum. Bei Neubauten solle dies von Anfang an berücksichtigt werden. Die Heimaufsicht könne entsprechende Empfehlungen geben.

Landrat Pauli bezeichnet den Bericht von **Dr. Holderied** als erschreckend. Er höre von diesem Problem heute zum ersten Mal und wundert sich, dass bislang nicht darüber geredet wurde. Er sagt zu, dass sich die Heimaufsicht dieser Problematik in Zukunft verstärkt annehme.

Herr Wiget bemerkt, dies sei eine Frage der Kosten und der Aufgabenverteilung. Bei dementen Personen gebe es zusätzliche Probleme und oft seien Personen auch nicht transportfähig.

Kreisrat Dr. Holderied erwidert, wenn er vor Ort behandeln könne, spare man die Transportkosten.

Kreisrat Hepp erkundigt sich, wie die Benotung der Pflegeheime durch den MDK zustande komme. Eine Benotung von „sehr gut“ passe nicht zur Aussage von **Dr. Holderied**. Im Übrigen habe er ähnliche Erfahrungen gemacht.

Herr Wiget veranschaulicht, die Benotung liege in der Regel immer zwischen 1 und 1,5. Die Benotung sei daher nur wenig aussagekräftig. Im Sinne des Patientenschutzes sei es notwendig, ernsthafte Noten zu verteilen.

Kreisrat Maute zeigt sich durch die Aussage von **Dr. Holderied** ebenfalls erschreckt und fragt nach, ob es bezüglich der Räumlichkeiten bei der üblichen ärztlichen Versorgung ebenso aussehe. Es sei widersinnig, eine adäquate Behandlung nicht durchzuführen, da vieles vor Ort gemacht werden könnte.

Kreisrat Dr. Rewes ergänzt, dass er bessere Möglichkeiten habe, einen Patienten zu behandeln, da er keine Spezialinstrumente benötige. Wenn es Probleme bei der Diagnostik gebe, werde jedoch ein Transport und evtl. eine stationäre Behandlung erforderlich.

Kreisrat Jaensch ist froh über die drastische Darstellung von **Dr. Holderied**. Er ist der Ansicht, bei vielen Kontrollen werde hauptsächlich Papier kontrolliert. Es sei wichtig, neben Pflegekräften auch Betreuer, Patienten und Ärzte in die Prüfung einzubeziehen.

Landrat Pauli weist auf die engagierte Arbeit des Kreisseniorenrates hin. Durch ehrenamtliche Mitarbeiter erhalte man wichtige Hinweise oder Probleme würden direkt mit der Heimleitung abgeklärt. Dieser Bereich gewinne an Bedeutung. Die Behebung der Mißstände müsse in den Fokus rücken.

Herr Maier erklärt, bei den Heimbesichtigungen werde keineswegs nur Papier überprüft. Die Heimaufsicht sei zusammen mit externen Pflegefachkräften und Ärzten vom Gesundheitsamt bei der Versorgung von mehreren Bewohnern unangemeldet anwesend. Dies sei auch der maßgebliche Unterschied zur Prüfung durch den MDK. Der MDK würde lediglich eine Erfolgskontrolle durchführen, erscheine erst nach der Versorgung der Bewohner und sehe sich die Dokumentation an. **Herr Maier** bestätigt, die Mundhygiene sei ein großes Problem und in jedem Bericht werde sie bewohnerbezogen empfohlen.

Der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

1 x 4
1 x 44

Kenntnisnahme

TOP 2:
Umsetzung des Bildungspaketes im Zollernalbkreis
SKS-Nr. 16/2011

Herr Wiget, Leiter des Sozial- und Rechtsdezernats erklärt die Sitzungsvorlage und weist darauf hin, die Umsetzung des Bildungspaketes bringe erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich. Der erhoffte Erfolg sei nur begrenzt eingetreten. Für den Bereich SGB II seien im Jobcenter bislang 437 von 1.500 möglichen Anträgen gestellt worden. Der Antragseingang beim Kreissozialamt belaufe sich auf 678 Anträge für Kinder, wovon man über 200 bewilligt habe.

Kreisrat Dr. Merkel bemerkt zum Hinweis in der Drucksache, „*eine formale gesetzliche Zuständigkeit der Stadt- und Landkreise sei nach wie vor noch nicht gegeben“*, es sei positiv, dass die Verwaltung unbürokratisch die zu entscheidenden Anträge bewilligt und Auszahlungen veranlaßt habe, dafür danke er der Verwaltung. Durch dieses freiwillige Handeln dürfe der Kreis allerdings nicht benachteiligt werden, indem die Aufwendungen nicht über das Bildungspaket ersetzt würden.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Dr. Merkel** weshalb von 437 Anträgen für leistungsberechtigte Kinder 38 Anträge abgelehnt wurden führt **Herr Döderlein,** Geschäftsführer des Jobcenters Zollernalbkreis aus, die Anträge seien nicht richtig ausgefüllt worden, da nicht zur Debatte stehende Dinge beantragt wurden und seien daher nur teilweise abgelehnt worden.

Kreisrat Reyer unterstützt das Lob an das Kreissozialamt. Ihn erstaunt, dass die Leistungen nicht stärker nachgefragt werden und er fragt nach, ob die Leistungsberechtigten angeschrieben wurden. Als Lehrer weise man Schüler darauf hin, wenn Leistungen nicht beantragt wurden. Er schlägt vor, die Kollegien an den Schulen zu informieren, denn sollten Kinder nicht an gemeinsamen Unternehmungen teilnehmen können, würden sie ausgegrenzt.

Herr Wiget erwidert, die meisten Anträge seien für Klassenfahrten gestellt worden, dies sei allgemein bekannt. Die anderen Leistungen seien weniger bekannt. In Schulen sei nur im Einzelfall informiert worden und es sei möglich, den Informationsfluß zu verbessern. Andererseits wurde ein Teil der Anträge abgelehnt, weil schon im März Anträge gestellt und alle Leistungen angekreuzt wurden. Klassenfahrten hätten zum Teil gar nicht stattgefunden, was zu Unstimmigkeiten geführt habe. Mittlerweile habe man das Verfahren einigermaßen im Griff.

Kreisrätin Conradi erinnert an die Drucksache SKS-Nr. 12/2011 wonach von 2200 berechtigten Kindern ausgegangen worden sei. Im Sozialamt seien 678 Anträge gestellt worden. Sie erachtet es als problematisch, dass beim Jobcenter nicht bekannt sei, für wie viele Kinder Anträgen gestellt wurden.

Herr Wiget antwortet, die auf Kinder bezugnehmende Zahl sei nicht registriert. Der persönliche Schulbedarf komme dazu, welcher im Jobcenter von Amts wegen ausbezahlt werde. Die Kinder seien unbekannt.

Herr Döderlein teilt mit, es handle sich um etwa 1100 Bewilligungen für Kinder ohne Antrag.

Der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

1 x 4
1 x 41
1 x Jobcenter

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3:
Pflegestützpunkte nach § 92 c SGB XI
SKS-Nr. 17/2011

Landrat Pauli verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Wiget, Leiter des Sozial- und Rechtsdezernats berichtet, die drei Pflegestützpunkte in Balingen, Albstadt und Hechingen seien eingerichtet und die Anschubfinanzierung sei verbucht worden.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Dr. Merkel** teilt **Herr Wiget** mit, dass momentan keine Zahlen bezüglich der Beratungsanfragen genannt werden könnten. Gefühlsmäßig hätten sich die Anfragen erhöht. Eine Dokumentation werde eingeführt, so dass zu einem späteren Zeitpunkt genauere Angaben möglich seien.

Der **Schul-, Kultur- und Sozialausschuss** nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

1 x 4
1 x 41
1 x 413

Der Bericht über die Errichtung des Pflegestützpunktes im Zollernalbkreis wird zur Kenntnis genommen

TOP 4:

Bericht zur Schuldnerberatung im Zollernalbkreis und Umsetzung der Schuldnerbegleitung

SKS-Nr. 18/2011

Landrat Pauli erläutert die Sitzungsvorlage.

Herr Wiget, Leiter des Sozial- und Rechtsdezernats weist ergänzend darauf hin, die Vorlage thematisiere die Entwicklung der Schuldnerberatung, die unverändert in Anspruch genommen werde. Die Gespräche zur Einrichtung der Koordinierungsstelle zwischen Schuldnerberatung und Schuldnerbegleitung habe man zwischenzeitlich abgeschlossen. Es sei vorgesehen, die Schuldnerbegleiter durch die Koordinierungsstelle zu schulen und zu begleiten. Benötigt würden zehn bis fünfzehn Personen und froh wäre man, wenn diese gefunden werden könnten.

Kreisrat Beck erkundigt sich, ob die Wartezeit für einen Termin bei der Schuldnerberatung tatsächlich durchschnittlich 6 Monate betrage, worauf **Frau Bosch**, Schuldnerberaterin entgegnet, momentan liege die Wartezeit bei 6 Wochen.

1 x 4
1 x 41

Bericht wird zur Kenntnis genommen

TOP 5:
Anfragen und Bekanntgaben

Landrat Pauli begrüßt die neue Konrektorin der Weiherschule, **Frau Andrea Gölz**.

Herr Heneka, Leiter des Dezernats Haupt- und Finanzverwaltung informiert, seit zehn Jahren führe man Außenklassen an den Sonderschulen für Kinder mit geistiger Behinderung. Zuletzt wurde hierüber 2007 berichtet. Die Weiherschule in Hechingen richte im gerade begonnenen Schuljahr zwei Außenklassen in Hechingen ein. In Albstadt gebe es eine Außenklasse. Das erfolgreiche Wohnprojekt werde fortgesetzt.

Landrat Pauli weist auf den Pressebericht vom vergangenen Freitag hin, in dem das Versorgungsamt durch den Vorstand der Burladinger VdK-Ortsgruppe angegriffen wurde. Befremdlich sei die Klageandrohung über die Presse.

Herr Wiget ergänzt, der Artikel sei falsch und es werde eine Richtigstellung über die Presse verlangt. Die Anfrage der Presse beim Landratsamt sei allgemein erfolgt. Die Zahl der bewilligten Anträge belaufe sich auf 6000 jährlich und nicht wie im Artikel behauptet auf 50 im Monat. Mit dem VdK stehe man in engem Kontakt und demnächst werde eine Gegendarstellung erscheinen.

Kreisrätin Conradi befürwortet die Richtigstellung im konkreten Fall. Andererseits gibt sie zu bedenken, es dauere in Einzelfällen über ein halbes Jahr bis ein Antrag bewilligt werde. Dann werde nur ein Gespräch der Sache gerecht, keinesfalls ein Pressebericht.

Landrat Pauli verweist auf die anstehenden Haushaltsberatungen. Punktuell seien mehr Stellen beantragt worden. In den letzten Haushaltsjahren habe man versucht, keine Stellen aufzustocken, nun sei eine Optimierung nötig. Vor ein paar Jahren habe Handlungsbedarf beim BAföG bestanden. Die Bearbeitung eines Antrags könne sich im Einzelfall verzögern. In konkreten Fällen, die er sich habe vorlegen lassen, seien Unterlagen fehlerhaft und die Beteiligten überwiegend selbst für die Verzögerung verantwortlich gewesen. Die Verwaltung sei durchaus daran interessiert, Abläufe zu optimieren. Anhand des angesprochenen Falles aus Burladingen könnten Korrekturen vorgenommen werden. Die in der Presse dargestellte pauschale Darstellung vermittle ein falsches Bild. Der Kontakt zwischen Landratsamt und VdK sei gut.

Kreisrätin Conradi ergänzt, ihre Aussage sei nicht als Vorwurf zu verstehen. Im vorliegenden Fall sei ein Zweitgutachten vonnöten und sie rege an, nicht über die Presse zu gehen. Eine Richtigstellung könne erfolgen, jedoch sollen weitere Gespräche auf Kreisebene geführt werden. So werde sicherlich eine Lösung gefunden.

1 x 4
1 x 41

Nachdem keine weiteren Anfragen und Bekanntgaben vorliegen, bedankt sich der Vorsitzende für die Beratung und schließt die Sitzung.

Niederschrift über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sozialausschusses am Montag, 26.09.2011 in Balingen	öffentlich

Landrat

Kreistag

Schriftführerin